Positionspapier

**UNO BRK „Inklusive Bildung“**

**Situation heute:**

Eine Familie mit einem Kind mit besonderen Bedürfnissen muss bereits im ersten Kindergartenjahr Angst haben, dass ihr Kind nicht im Regelkindergarten aufgenommen wird.

Der Schulpsychologische Dienst und die Schulleitung verfügen mit unausgereiften Methoden über das Schicksal eines Kindes.

Je nach Schulleitung ist die Situation für das Kind völlig unterschiedlich z. B: reduzierter Stundenplan, und zu wenige Fördermassnahmen im Regelunterricht, keine Alternativen.

Weder die Schulleitung/ Schulpflege noch eine andere staatliche Stelle übernehmen die Verantwortung und Organisation des schulischen Weges für das Kind mit besonderen Bedürfnissen (Fehlen einer Fallführung).

Die Eltern müssen für ihr Kind kämpfen, damit es überhaupt eine Chance auf Integration bekommt.

Eltern mit sprachlichen Schwierigkeiten oder geringem Bildungsniveau werden unzureichend unterstützt und informiert. Ihr Kind hat keine Chance in eine Regelschule zu kommen.

Lehrpersonen dürfen „wählen“, ob sie ein Kind mit besonderen Bedürfnissen in ihre Klasse aufnehmen wollen. Wenn sie nein sagen, hat das Kind keine Chance!

Lehrpersonen sind nicht geschult und haben kaum Unterstützung für inklusiven Schulunterricht.

Die heilpädagogischen Schulen sind überlastet. Sie sollten Kinder mit den unterschiedlichsten Herausforderungen individuell fördern. Kinder mit Autismus, Lernbehinderung, Trisomie21, Mehrfachbehinderung etc. haben völlig unterschiedliche Bedürfnisse bereits innerhalb ihrer Behinderung.

Geht ein Kind in eine HPS ist der Weg zu einem normalen Schulabschluss mit Aussicht auf einen Beruf und damit eigenständiges und selbstbestimmtes Leben unwahrscheinlich. Die Wahrscheinlichkeit, dass sie später in einer Institution leben ist deutlich erhöht, gegenüber jenen Menschen, welche von Anfang an eine reguläre Schule mit integrierter Förderung besuchen können.

Oft fällt das Argument, dass nicht alle Kinder „integriert“ werden können. Aus Ländern, welche Sonderschulen bereits vor vielen Jahren grossmehrheitlich abgeschafft und ein inklusives Bildungssystem haben, weiss man, dass ein Rest von 3-4% aller Kinder trotzdem in einer Sonderschule beschult werden muss. Im Kanton Aargau sind es jedoch gegen 30% aller Kinder, (Tendenz steigend!), welche „aussortiert“ und separativ geschult werden. Es besteht also eindeutiger Handelsbedarf mit dem Ziel diese Quote langfristig und stetig zu senken!

**Ziele**

* Recht auf Inklusive Schulung für alle verankern.
* Strategie und Konzept zur inklusiven Förderung mit Anweisungen für Schulleitungen und Lehrpersonen.
* Zahl der separativ beschulten Kinder senken.
* Beratung, Schulung und Weiterbildung der SchulleiterInnen, Lehrpersonen und weiteren involvierten Personen. (FHNW)
* Evaluation der Heilpädagogischen Sonderschulen im Kanton Aargau. (HfH)
* Lösung für ein ausgewogenes kosteneffizientes Angebot an Schulen: z.B. Schwerpunktschulen pro Bezirk, Anzahl inklusive Schulen pro Bezirk etc.
* Subjektfinanzierung statt Objektfinanzierung (Verteilung der VM Stunden nicht nach dem Giesskannenprinzip)
* Gesetzliche Grundlagen
	+ die UNO hält das Aufrechterhalten eines Sonderschulsystems neben dem allgemeinen (zukünftig inklusiven) Schulsystem für klar konventionswidrig. Der Grund: Sonderschulen binden Ressourcen. Die UN-BRK verlangt aber, dass alle Ressourcen in die inklusive Bildung fließen müssen.

Anfang Juli ist der General Comment No. 4 nun in [offizieller deutscher Übersetzung](https://www.mittendrin-koeln.de/fileadmin/dokumente/Dokumente/CRPD_Allgemeine_Bemerkung_Nr4_zum_Recht_auf_inklusive_Bildung.pdf) erschienen. Das Dokument liegt damit offiziell auf dem Tisch. Die Politik muss sich damit befassen. Das wird sie jedoch nur tun, wenn das eingefordert wird.

**Relevante Artikel**

<http://www.spiegel.de/lebenundlernen/schule/inklusion-warum-behinderte-kinder-regelschulen-besuchen-sollten-a-979079.html>

<http://vpod-bildungspolitik.ch/?p=2673>